

https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/hochwasser-spd-bringt-aussetzen-der-schuldenbremse-ins-spiel-2-a4539541.html?utm_source=socplus&utm_medium=telegram 3.1.2024

Der führende SPD-Haushaltspolitiker Dennis Rohde hat angesichts der angespannten Hochwasserlage in mehreren Bundesländern ein erneutes Aussetzen der Schuldenbremse ins Spiel gebracht.

„Noch ist das gesamte Ausmaß der Flutschäden nicht absehbar, aber für genau solche Fälle haben wir die Möglichkeit, die Schuldenbremse auszusetzen, im Grundgesetz stehen“, sagte Dennis Rohde, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, dem Magazin „Stern“. Daran habe auch das Mitte November ergangene Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts nichts geändert.

Es werde jetzt „genau“ geprüft, „ob wir diese finanzielle Dimension erreichen“, fügte Rohde an.

Auch im Ahrtal: „Menschen können sich auf den Bund verlassen“

Der Bundestagsabgeordnete dessen Wahlkreis Oldenburg-Ammerland zu den vom derzeitigen Hochwasser besonders betroffenen Regionen gehört, verwies zudem auf die besondere Verantwortung des Bundes. „Es galt vor wenigen Jahren für die Menschen im Ahrtal und gilt auch heute: Die Menschen in den betroffenen Regionen können sich da auf den Bund verlassen“, sagte er dem „Stern“.

Infolge des Haushaltsurteils des Bundesverfassungsgerichts musste der Bundestag im Dezember einen Nachtragshaushalt für 2023 verabschieden – und dafür erneut die Schuldenbremse aussetzen.

Eine Aussetzung der Schuldenbremse auch für 2024 lehnt die mit SPD und Grünen im Bund regierende FDP derzeit ab. Andererseits wurden in den vergangenen Wochen auch Stimmen aus mehreren Parteien und von Wirtschaftsexperten laut, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse grundsätzlich zu reformieren. (afp)

<https://apollo-news.net/exklusiv-letzte-generation-kostet-berlin-36-millionen-euro/> 1.12.2023

Eine Apollo News-Recherche zeigt das erschreckende Ausmaß der Folgen der Aktionen der Letzten Generation. Allein in Berlin sorgte die Letzte Generation für 574.022 Arbeitsstunden bei der Polizei. Hunderttausende Einsatzstunden für Beamte und Millionen an Kosten – das ist das Resultat von hunderten Straßenblockaden, Sachbeschädigungen und sonstigen „Störaktionen“, mit denen die „Letzte Generation“ die Bürger der Bundeshauptstadt seit Anfang vergangenen Jahres quält. Obwohl der Berliner Senat bemüht ist, die immensen Kosten des Ganzen unter der Decke zu halten, ist es Apollo News mit einer Recherche gelungen, endlich Fakten zu schaffen: Allein die Polizeieinsätze haben den Steuerzahler nicht zwei-, drei- oder fünfhunderttausend Euro gekostet, sondern über 36 Millionen – weit mehr als die Verkehrsüberwachung in der gesamten Hauptstadt. Diese stattliche Summe ergibt sich aus insgesamt 875 Einsätzen, die die Berliner Polizei nach Informationen von Apollo News im Zeitraum von Januar 2022 bis einschließlich 30. Oktober 2023 im Zusammenhang mit der „Letzten Generation“ leisten musste. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport bestätigte uns auf Anfrage, dass es sich bei 812 Einsätzen um Straßenblockaden handelte – davon 294 im Jahr 2022 und 518 im Jahr 2023. Zusätzlich konnten im Zeitraum vom 04. Februar 2022 bis 23. März 2023 „händisch“ insgesamt 63 sonstige Einsatzgründe „wie z.B. Sachbeschädigung durch Farbe, Hausfriedensbruch und Missbrauch von Notrufen“ erfasst werden.